

"Ohne Integration keine Zukunft" in Luxemburger Wort (13. März 1957)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 13.03.1957, n° 72; 110e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Ohne Integration keine Zukunft", auteur:M.F. , p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ohne_integration_keine_zukunft_in_luxemburger_wort_13_marz_1957-de-9fc6e940-52bf-4766-9d3a-332514da4505.html



Publication date: 05/11/2015

Ohne Integration keine Zukunft

Gestern legte Staats- und Außenminister Joseph Bech der Kammer die großen Linien des demnächst zu unterzeichnenden Vertrags über den Gemeinsamen Markt und Euratom auseinander. Es ist dies einer der wichtigsten Schritte, die von den westeuropäischen Staaten nach dem zweiten Weltkriege getan wurden. Für fünfzig Jahre bindet er die sechs Mitgliedstaaten. Genau wie der Schumanplan ist er nach außen geöffnet und gestattet anderen Staaten den Beitritt, vorausgesetzt, daß sie sich zu den Regeln des Gemeinsamen Marktes und des Euratom bekennen. Wenn der Gemeinsame Markt fünfzig Jahre Bestand hat, dann wird es auch nach soviel Jahren kein Zurück mehr geben. Wenn es in fünfzehn bis zwanzig Jahren gelungen ist, den Gemeinsamen Markt zu errichten, dann wird er niemals mehr auseinanderfallen. Deshalb hat die Frist der fünfzig Jahre eigentlich auch nur einen theoretischen Wert.

Es mag auch in unserm Lande Leute geben, die dem Gemeinsamen Markt, dessen Ziel es ist, eine regelrechte wirtschaftliche Integration herbeizuführen, mit Skepsis entgegenschauen. Sie entnehmen ihr Mißtrauen sicherlich einer gewissen Furcht vor dem Neuen, vor der Freiheit im größeren Markt, weil sie den Mut nicht haben, sich vom Gewohnheitsmäßigen und Bequemen zu trennen. Leider ist dem so. Aber sie haben Unrecht. Staatsminister Bech hat dem Lande gestern klargemacht, daß es für uns keine Möglichkeit und keinen Grund gab, abseits zu bleiben. Er hat auch überzeugend nachgewiesen, daß unser Land noch jedesmal in der Geschichte Nutzen aus dem Abschluß einer Wirtschaftsunion zog, ohne daß man ihm Zeit gelassen hatte, sich in längeren Zeitetappen und mittels Übergangsregelungen darauf vorzubereiten. Der Zollverein und die Wirtschaftsunion mit Belgien gereichten unserm Lande zum Vorteil. Nie in der Geschichte könnten wir auf komplementäre Wirtschaftsgebiete verzichten. Wir sind seit jeher in dieser Beziehung abhängiger gewesen als andere Länder, weil wir stärker noch als sie auf die Importe unserer Verbrauchsgegenstände und direkten Konsumartikel angewiesen sind als die andern. Auch kann sich bei uns aus den eigenen Marktkräften heraus keine große Industrie selbstgenügen. Mit der Eisen- und Stahlindustrie sind wir zu 95% auf die fremden Märkte, d. h. auf die ausländischen Käufer angewiesen. Kein Wirtschaftszweig in unserm Lande wird durch die Errichtung des Gemeinsamen Marktes auf mehr Schwierigkeiten stoßen, als er deren auch ohne diesen Markt in Kauf hätte nehmen müssen. Der Textil- und Schuhindustrie geht es auch jetzt nicht rosig. Im Gemeinsamen Markt vermögen sie den Konkurrenzkampf mit der ausländischen Fabrikation kaum aufzunehmen, wenn sie nicht vorher dazu in die Lage gesetzt werden. Die allmähliche Errichtung des Gemeinsamen Marktes zwingt uns dazu, etwas für diese Industrien zu tun. Das ist an sich zu begrüßen. Es wäre im gleichen Maße innerhalb von Benelux notwendig geworden.

Andere Industrien können nur Gewinn daraus ziehen, wenn die Zölle bei der Einfuhr in die Nachbarländer fallen. Sogar die Landwirtschaft kann ohne Angst in den Markt hineingehen. Sie behält während zwölf bis fünfzehn Jahren ihren Schutz, der zu großen rentabilitätsfördernden Verbesserungen verwendet werden kann. Und es ist kaum damit zu rechnen, daß es überhaupt je einmal in Westeuropa einen vollständig freien Markt für die landwirtschaftlichen Produkte geben wird, so wie er für die Industrie verwirklicht werden soll. Eine europäische Marktordnung für Agrarprodukte ist wohl die beste Lösung. Auch für die Sicherstellung der Weinbauinteressen ist Sorge getragen.

Andere wieder werden befürchten, der Gemeinsame Markt koste unsern Staat hohe Beiträge, für die es keinen entsprechenden Gegenwert gebe. Auch darüber hat Hr. Staatsminister Bech Aufschluß gegeben. Unsere Unterhändler in Bruxelles haben es fertiggebracht, daß wir nicht zu stark belastet werden. Unser Beitrag in die einzelnen Fonds, die für die verschiedenen Zielsetzungen sozialer und wirtschaftlicher Art geschaffen werden, ist nach unserer Bevölkerungszahl bemessen. Wir zahlen 0,2%, im bestimmten Falle des Euratom sogar nur den fünfzigsten Teil dessen, was Belgien aufbringt. Staatsminister Bech rechnet damit, daß das europäische Budget, das der Finanzminister in Zukunft alljährlich neben dem nationalen Budget aufstellen muß, uns in den ersten fünf Jahren nicht mehr als 40 Millionen jährlich kostet. Immerhin, es ist das schon einiges Geld. Vergessen wir aber nicht, daß der Gemeinsame Markt mit der Abschaffung der Zölle unsere Lebensbedingungen auf die Dauer verbessert. Auch die Anpassung an den gemeinsamen Zolltarif gegenüber dritten Ländern wird nicht übers Knie gebrochen. Man läßt den Beneluxländern Zeit, ihre Zölle, die meist sehr niedrig sind, auf das arithmetische Mittel, das für die Festlegung des neuen gemeinsamen Zollsatzes aus der Vielzahl der heute bestehenden Zolltarife errechnet werden soll, zu bringen. Der gemeinsame Außenzoll wird es dem Finanzminister ermöglichen, sich über die dieserart erwachsenden

Mehreinnahmen den Gegenwert für die durch die Abschaffung der Zollschranken im Innern des Gemeinsamen Marktes erlittenen Einnahmeausfälle zu verschaffen.

Wichtig ist es auch, daß durch die Errichtung des Gemeinsamen Marktes keineswegs auf die Vorteile verzichtet zu werden braucht, die sich aus der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und aus Benelux ergeben. Die eine Integration schließt andere regionale wirtschaftliche Unionen nicht aus, vorausgesetzt, daß sich daraus keinerlei Diskriminierung für die andern ergibt. Darüber, worauf übrigens gestern vor allem Hr. Margue eingegangen ist, sowie über die anderen Formen der europäischen Zusammenarbeit, von denen Staatsminister Bech weiter sprach, morgen einiges mehr.

M. F.